



von Matthias Kofler

Aus dem Versprechen wird vorerst nichts. Während Soziallandesrätin Rosmarie Pamer vergangene Woche noch erklärte, die notwendige Durchführungsbestimmung liege beim Ministerrat und müsse lediglich verabschiedet werden, zeichnet sich hinter den Kulissen ein deutlich düsteres Bild ab. Nach Informationen von Team-K-Abgeordneter Maria Elisabeth Rieder befindet sich das Verfahren wieder am Anfang – mit gravierenden Folgen für rund 600 Sozialgeldbezieher, die seit Einführung der Rentenaufstockung auf ihre Unterstützung warten.

„Man hat es groß angekündigt und so verkauft, als wäre alles nur mehr eine Frage der Zeit“, kritisiert Rieder gegenüber der **Tageszeitung**. „Tatsache ist: Wir sind heute wieder am selben Punkt wie vor Jahren.“

Am Rande der Landtagssitzung zum Nachtragshaushalt sei sie von Landeshauptmann Arno Kompatscher persönlich darüber informiert worden, dass sich die Verhandlungen mit dem Ministerrat und dem staatlichen Renteninstitut INPS in einer schwierigen Phase befänden. Auslöser soll ein negatives Gutachten der staatlichen Rechnungsbehörde sein. Damit wäre die geplante Durchführungsbestimmung weit von einer raschen Genehmigung entfernt. Sollte das Dossier tatsächlich nochmals in die derzeit nicht arbeitsfähige Zwölferkommission zurückmüssen, dürfte sich das Verfahren um Monate verzögern.

Für Rieder steht deshalb fest: „Die Sozialhilfeempfänger werden für das vergangene Jahr, für heuer und wahrscheinlich auch für das nächste Jahr keinen Cent bekommen.“



Sozialpolitikerin Maria Elisabeth Rieder:
„Sind am selben Punkt wie vor Jahren“

Dabei zählen ausgerechnet sie zu den finanziell Schwächsten im Land. Wer keine eigene Rente bezieht und ausschließlich vom Sozialgeld lebt, war von der groß angekündigten Rentenaufstockung bisher vollständig ausgeschlossen. Das Land will verhindern, dass die Zusatzleistung als Einkommen gewertet und beim Sozialgeld wieder

abgezogen wird. Genau diese rechtliche Absicherung kommt jedoch seit Monaten nicht voran. Für die Team-K-Abgeordnete ist das mehr als eine bloße Verzögerung. Sie spricht von „Täuschen und Hinhalten“. Immer wieder sei erklärt worden, die Auszahlung sei nur noch eine Frage der Zeit. „Jetzt kommt die kalte Dusche.“ Rieder erhebt noch einen zweiten Vorwurf. Pamer habe angekündigt,

dass bei der diesjährigen ISEE-Berechnung der Freibetrag für die Erstwohnung berücksichtigt werde. „Auch das stimmt nicht“, sagt sie. Dieser Freibetrag gelte lediglich für die Familienzulage, nicht jedoch für die Rentenaufstockung. Damit blieben die Zugangshürden unverändert hoch.

Laut dem LH befinden sich die Verhandlungen mit Ministerrat und INPS in einer „schwierigen Phase“.

Die Oppositionelle will deshalb in der September-Sitzung des Landtags umfassende Aufklärung verlangen. In einer Anfrage fordert sie unter anderem die Offenlegung des negativen Gutachtens der Staatsbuchhaltung, Informationen über den Stand der Verhandlungen mit Rom sowie eine Antwort auf die entscheidende Frage: Ist das Land bereit, die Unterstützung für die rund 600 Sozialgeldbezieher notfalls selbst vollständig zu finanzieren?

Die Rentenaufstockung gilt als eines der wichtigsten sozialpolitischen Projekte der Landesregierung. Ursprünglich war von 12.000 bis 14.000 möglichen Anspruchsberechtigten die Rede. Tatsächlich erhielten im ersten Jahr lediglich 2.372 SeniorInnen eine Auszahlung.